

SG_VERSICHERUNGSGERICHT UV 2012/97 vom 13. Mai 2013

Sg Versicherungsgericht, 2013-05-13, DE

Quelle: https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/sg_publikationen_UV_2012_97

FR: SG_VERSICHERUNGSGERICHT UV 2012/97 du 13 mai 2013

IT: SG_VERSICHERUNGSGERICHT UV 2012/97 del 13 maggio 2013

Regeste

Art. 6 UVG, Art. 11 UVV. Prüfung eines Rückfalls. Abschliessende Beurteilung der Unfallkausalität von Kniebeschwerden im Nachgang zu einer Knieverletzung nicht möglich. Rückweisung der Streitsache zur weiteren medizinischen Abklärung (Entscheidung des Versicherungsgerichts des Kantons St. Gallen vom 13. Mai 2013, UV 2012/97).

Erwägungen

E. 1

Vorliegend ist zu prüfen, ob die Beschwerdegegnerin eine Leistungspflicht für den vom Beschwerdeführer geltend gemachten Rückfall zu Recht verneint hat.

E. 1.1

Die Beschwerdegegnerin legt im angefochtenen Einspracheentscheid vom 15. November 2012 die auch bei Rückfällen und Spätfolgen nach Art. 11 der Verordnung über die Unfallversicherung (UVV; SR 832.202) geltenden rechtlichen Voraussetzungen zur Leistungspflicht des Unfallversicherers, insbesondere jene des natürlichen und adäquaten Kausalzusammenhangs zwischen Unfallereignis und gesundheitlicher Schädigung (Art. 6 Abs. 1 des Bundesgesetzes über die Unfallversicherung [UVG; SR 832.20]; BGE 129 V 181 E. 3.1, mit Hinweisen), zutreffend dar. Darauf ist zu verweisen. Während es Aufgabe des Arztes oder der Ärztin ist, den natürlichen Kausalzusammenhang zu beurteilen, obliegt es dem Gericht, die Frage nach dem adäquaten Kausalzusammenhang zu beantworten (BGE 123 III 111 E. 2). Bei physischen Unfallfolgen hat indessen die Adäquanz gegenüber dem natürlichen Kausalzusammenhang praktisch keine selbständige Bedeutung (BGE 118 V 291 f. E. 3a; vgl. BGE 117 V 365 unten E. 5d/bb, mit Hinweisen auf Lehre und Rechtsprechung).

E. 1.2

Der Sozialversicherungsprozess ist vom Untersuchungsgrundsatz beherrscht. Danach haben die Verwaltung und im Beschwerdefall das Gericht von Amtes wegen für die richtige und vollständige Abklärung des rechtserheblichen Sachverhalts zu sorgen. Dieser Grundsatz gilt indessen nicht uneingeschränkt; er findet sein Korrelat in den Mitwirkungspflichten der Parteien (BGE 122 V 158 E. 1a und BGE 121 V 210 E. 6c, je mit Hinweisen). Der Untersuchungsgrundsatz schliesst die Beweislast im Sinn der Beweisführungslast begriffsnotwendig aus. Im Sozialversicherungsprozess tragen mithin die Parteien in der Regel die Beweislast nur insofern, als im Fall der Beweislosigkeit der Entscheid zu Ungunsten jener Partei ausfällt, die aus dem unbewiesen gebliebenen Sachverhalt Rechte ableiten wollte (BGE 117 V 264 E. 3b mit Hinweisen).

E. 2.1

Zwischen den Parteien ist streitig, ob zwischen den Kniebeschwerden des Beschwerdeführers und dem Ereignis vom 30. August 2008 ein natürlicher Kausalzusammenhang besteht. Die Beschwerdegegnerin verneint diese Frage gestützt auf die kreisärztliche Beurteilung von Dr. D.____ vom 25. September 2012 (act. G 1.2; Suva-act. 62).

E. 2.2

Hinsichtlich des Beweiswerts eines Arztberichts ist entscheidend, ob der Bericht für die streitigen Belange umfassend ist, auf allseitigen Untersuchungen beruht, auch die geklagten Beschwerden berücksichtigt, in Kenntnis der Vorakten abgegeben worden ist, in der Darlegung der medizinischen Zusammenhänge und in der Beurteilung der medizinischen Situation einleuchtet und ob die Schlussfolgerungen des Experten oder der Expertin begründet sind. Ausschlaggebend für den Beweiswert eines ärztlichen Gutachtens ist grundsätzlich weder dessen Herkunft noch die Bezeichnung der eingereichten oder in Auftrag gegebenen Stellungnahme als Bericht oder Gutachten (BGE 125 V 352 E. 3a mit Hinweisen). Auch den Berichten versicherungsinterner Ärztinnen und Ärzte kann rechtsprechungsgemäss Beweiswert beigemessen werden, sofern sie als schlüssig erscheinen, nachvollziehbar begründet sowie in sich widerspruchsfrei sind und keine Indizien gegen ihre Zuverlässigkeit bestehen (BGE 135 V 467 ff. E. 4 und BGE 125 V 353 f. E. 3b/ee, je mit Hinweisen). Erachtet das Sozialversicherungsgericht die rechtserheblichen tatsächlichen Entscheidungsgrundlagen bei pflichtgemässer Beweiswürdigung als schlüssig, darf es den Prozess ohne Weiterungen - insbesondere ohne Anordnung eines Gerichtsgutachtens - abschliessen (vgl. BGE 135 V 469 E. 4.3.2, mit Hinweisen). An die Beweiswürdigung von Stellungnahmen versicherungsinterner Ärztinnen und Ärzte sind jedoch strenge Anforderungen zu stellen. Bestehen auch nur geringe Zweifel an der Zuverlässigkeit und Schlüssigkeit der ärztlichen Feststellungen, sind ergänzende Abklärungen vorzunehmen (BGE 135 V 472 E. 4.7).

E. 2.3

Dr. D.____ führt in seiner Beurteilung vom 25. September 2012 gestützt auf die medizinische Aktenlage aus, nachdem der Versicherte vor vier Jahren eine Kniedistorsion mit einer lateralen Meniskusläsion erlitten habe, sei im weiteren Verlauf eine erneute bzw. eine restliche Läsion am lateralen Meniskusvorderhorn nachgewiesen und entsprechend arthroskopisch therapiert worden. Es habe eine residuelle Beschwerdesymptomatologie mit vorderem Knieschmerz persistiert. Anlässlich der Erstabklärung sei eine Fehleinstellung der Patella festgestellt worden, passend zu einer leichten Knorpelveränderung an der Patellarrückfläche und auch allenfalls zu einer Irritation des Hoffa-Fettkörpers. In Anbetracht dieser Konstellation sei die jetzt nachgewiesene Hoffa-Reizung nicht mit der erforderlichen Wahrscheinlichkeit auf das Unfallereignis vom 30. August 2008 zurückzuführen (Suva-act. 62).

E. 2.4

Dr. D.____ beschränkt sich in seiner Beurteilung auf die Darstellung des bisherigen, aus den Akten hervorgehenden, medizinischen Verlaufs und nimmt dabei insbesondere auf die Diagnosen der "Erstabklärung" (wohl: MRI-Untersuchung vom 21. Dezember 2009; Suva-act. 10) Bezug. Soweit Dr. D.____ diesbezüglich ohne weitere Begründung ausführt, die heute nachgewiesene Hoffa-Reizung sei in Anbetracht dieser Konstellation nicht

überwiegend wahrscheinlich auf das Ereignis vom 30. August 2008 zurückzuführen, fehlt eine ausreichende Begründung; insbesondere, weil eine Reizung des Hoffa-Fettkörpers v.a. als Folge von wiederholten Verletzungen, wie häufigen Traumen (z.B. Kapsel-Band-Schaden oder Meniskusverletzung), oder Entzündungen (vgl. hierzu Pschyrembel, Klinisches Wörterbuch, 264. Aufl. Berlin 2013, S. 913; Roche Lexikon Medizin, 5. Aufl. München 2003, S. 848, unter "Hoffa-Krankheit") oder gelegentlich auch nach arthroskopischem Eingriff entsteht (vgl. Maibaum/Braun/Jagomast/Kucera, Therapielexikon der Sportmedizin, Berlin/Heidelberg 2001, S. 78). Alle diese Ursachen fallen beim Beschwerdeführer in Betracht, teilweise mehrfach. Im Weiteren ergeben die Ausführungen von Dr. D.____ ein nicht gebührend abgerundetes Bild, da er einerseits zu den anfänglichen Abklärungen aus dem Jahre 2009 Stellung nimmt, sich andererseits jedoch nicht näher zu den neusten Befunden des MRI vom 5. Juli 2012 (Suva-act. 46) und dem Bericht von Dr. I.____ vom 6. August 2012 (Suva-act. 47) äussert. Schliesslich wird auch nicht auf die Re-Kniearthroskopie vom 8. September 2010 und die damalige Bejahung der Rückfallkausalität (Suva-act. 35) eingegangen, was die Beurteilung als unvollständig erscheinen lässt. Dies umso mehr, als gemäss dem Bericht von Dr. I.____ eine weitere Kniearthroskopie nicht ausgeschlossen scheint. Insgesamt bestehen somit Zweifel an der Schlüssigkeit der kreisärztlichen Aktenbeurteilung, welche auch die medizinischen Ausführungen der Beschwerdegegnerin im Einspracheentscheid vom 15. November 2012 sowie in der Beschwerdeantwort vom 31. Januar 2013 (act. G 1.2, G 5) nicht zu beseitigen vermögen.

E. 2.5

Wie in Erwägung 1.2 dargelegt, hat die Beschwerdegegnerin von Amtes wegen für die richtige und vollständige Abklärung des rechtserheblichen Sachverhalts zu sorgen. Im Rahmen dieser Abklärungspflicht hat sie die entsprechenden medizinischen Akten beizuziehen und zu würdigen. Indem die Beschwerdegegnerin bei der Beurteilung des natürlichen Kausalzusammenhangs zwischen den geklagten Beschwerden und dem Ereignis vom 30. August 2008 ohne Weiteres auf die nicht näher begründete und insgesamt nicht nachvollziehbare kreisärztliche Beurteilung abstellte, hat sie den Untersuchungsgrundsatz verletzt.

E. 3

Nach dem Gesagten ist die Sache an die Beschwerdegegnerin zurückzuweisen, damit sie hinsichtlich der vom Beschwerdeführer geltend gemachten Kniebeschwerden und der im Raum stehenden Diagnose der Hoffitis anterolateral links weitere medizinische Abklärungen vornehme. Danach hat die Beschwerdegegnerin über einen Leistungsanspruch des Beschwerdeführers erneut zu befinden.

E. 4.1

Im Sinne der vorstehenden Erwägungen ist die Beschwerde unter Aufhebung des Einspracheentscheids vom 15. November 2012 teilweise gutzuheissen und die Angelegenheit zu weiteren Abklärungen an die Beschwerdegegnerin zurückzuweisen.

E. 4.2

Gerichtskosten sind keine zu erheben (Art. 61 lit. a des Bundesgesetzes über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts [ATSG; SR 830.1]). Eine Parteientschädigung ist dem nicht durch einen Rechtsanwalt vertretenen Beschwerdeführer nicht zuzusprechen. Demgemäss hat das Versicherungsgericht im Zirkulationsverfahren

gemäss Art. 39 VRP entschieden: 1. Die Beschwerde wird dahingehend gutgeheissen, dass der angefochtene Einspracheentscheid aufgehoben und die Angelegenheit zur Durchführung ergänzender medizinischer Abklärungen im Sinn der Erwägungen und zu neuer Verfügung an die Beschwerdegegnerin zurückgewiesen wird. 2. Es werden keine Gerichtskosten erhoben.

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentlichte Originaltext. Quellen-URL siehe oben.